





Wo bleibt die Glaubwürdigkeit – darf man der Landesregierung überhaupt noch vertrauen?

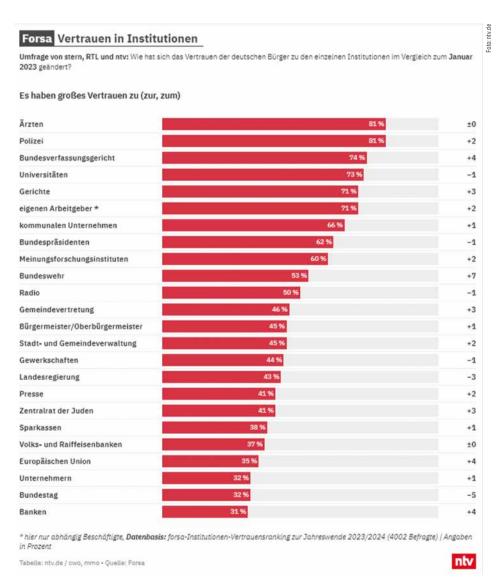
Die Polizei genießt neben dem hohen Ansehen in der Bevölkerung auch Spitzenwerte, wenn es um das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit geht. Wahrscheinlich liegt das daran, dass, wenn die Polizei etwas ankündigt, sie es auch durchführt. Die Glaubwürdigkeit sei das wichtigste Kapital eines Politikers, so sagt man. Der Wortbruch der rotroten Landesregierung gegenüber den Gewerkschaften zur verfassungsgemäßen Besoldung lässt mich daran zweifeln, ob es die rot-rote Landesregierung auch so sieht.

Worum geht es konkret?

Wie durch eine Kleine Landtagsanfrage der CDU und der darauf gegebenen Antwort der Landesregierung im Januar (!) 2023 allgemein bekannt ist, ist die Beamtenbesoldung 2023 in Mecklenburg-Vorpommern nicht verfassungsgemäß. Die Landesregierung, quasi der Arbeitgeber der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, gab dies nicht nur unumwunden zu. Nein, sie machte unmissverständlich klar, dass sie diese Verfassungswidrigkeit schnell beheben wolle. Damit hätte Mecklenburg-Vorpommern die Chance gehabt, bundesweit im Bereich des öffentlichen Dienstes ein Vorreiter für die Belange seiner Beschäftigten zu sein.

Chance vertan!

Keiner der durch die Landesregierung sich selbst gestellten Termine wurde eingehalten. Immer wieder mussten die Gewerkschaften Druck im Sinne ihrer Mitglieder und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst machen. Immer wieder musste auf die Konsequenzen eines Nichthandels der Landesregierung hingewiesen werden. Immer wieder mussten politische Hintergrundgespräche geführt werden, um überhaupt ein wenig Bewegung in das Thema verfassungsgemäße Besoldung und fi-



Das größte Vertrauen genießen Ärzte und die Polizei in Deutschland.

nanzielle Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu bekommen. Egal mit wem man sprach, egal ob SPD-Landesvorstandsmitglieder, Landtagsabgeordnete, Kabinettsmitglieder, ja selbst am Rande der letzten Landtagssitzungswoche; immer wieder wurde uns Gewerkschaftern versichert: Das wird was, macht euch keine Sorgen, wir haben doch gemeinsame Eckpunkte vereinbart.

Weihnachtszeit, die Zeit des Gebens und des Nehmens – Schrottwichteln in MV

Vielleicht war es ja dieses Motto der Weihnachtszeit, das es der die Leitlinienkompetenz innehabenden Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und ihrem Landeskabinett besonders leicht machten, ihr Versprechen, wel-





ches man gerade noch einmal gegeben hatte, nur Tage später wieder zurückzunehmen. Das Ganze wohlgemerkt ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften. Und während es für fast alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nun mal wieder hieß, Sparschwein der Nation zu sein und gefrustet auch 2023 eine Nullrunde beim Gehalt zu erleben, hatte der Finanzminister Heiko Geue (SPD) nichts Besseres zu tun, als sich in den Medien über einen wunderbaren Kabinettsbeschluss auszulassen. Getreu dem Motto: Für die einen ist es Lohnverzicht – für die anderen ein guter Tag für den öffentlichen Dienst.

Politischer Scherbenhaufen?!

Unter dem Strich bleibt ein schwerer Schaden für alle. Für den öffentlichen Dienst, weil er weder verbessert, geschweige denn attraktiver wurde. Für die Gewerkschaften, weil sie einer Landesregierung (!) vertraut haben. Für die Landesregierung, weil Vertrauen wieder aufzubauen bedeutend schwerer ist als es zu zerstören. Für die Demokratie, weil deren Feinde auf solche Wortbrüche nur warten. Und für die Landespolitiker, die bald zu Kommunal- und Europawahlen antreten. Und für die Menschen, die ehrlich täglich ihr Bestes geben, um Kompromisse zwischen Politik und Gewerkschaften im Sinne der Beschäftigten zu erarbeiten, diese verteidigen und auch dann zu ihrem Wort und den gemeinsamen Vereinbarungen stehen, wenn es Gegenwind gibt.

Ich rate jedenfalls der rot-roten Landesregierung, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um eine moderne, leistungsfähige und wettbewerbsfähige Landesverwaltung zu erreichen, nicht nur in ihre Koalitionsvereinbarung zu schreiben, sondern endlich auch zu leben.

Landesregierung überträgt Tarifergebnis auf **Besoldung und Versorgung**

ie Landesregierung wird die Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern übertragen. Das ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Finanzminister und Vertretern der Gewerkschaft, das am 4. Januar 2024 in Schwerin stattfand. An dem Gespräch nahmen Vertreter der Gewerkschaften GEW, GdP und ver.di teil.

Ein Gesetzesentwurf soll den Gewerkschaften kurzfristig zur Beteiligung vorgelegt werden. Einer schnellen Auszahlung steht damit nichts mehr im Weg. Die Landesregierung plant die Auszahlung der 1.800 Euro steuerfreien Sonderzahlung ("Inflationsausgleichsprämie") zeitgleich für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte Ende Februar 2024.

Eckpunkte eines Besoldungsund Versorgungsanpassungsgesetzes

Konkret beabsichtigt die Landesregierung:

- Die steuerfreie Sonderzahlung von insgesamt 3.000 Euro wird schrittweise voraussichtlich ab Ende Februar 2024 ausgezahlt werden.
- · Anwärterinnen und Anwärter sollen insgesamt schrittweise 1.500 Euro erhalten.
- Die Höhe der steuerfreien Sonderzahlung für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger soll sich nach dem jeweils individuell erworbenen, maßgeblichen Ruhegehaltssatz bemessen. Hier sollen die Sonderzahlungen damit gemäß der Logik des Versorgungsrechts in geringerer Höhe erfolgen.
- · Teilzeitbeschäftigte erhalten die Zahlung gemäß ihrem Stellenanteil.
- · Grundsätzlich sollen für die Sonderzahlungen an Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger dieselben Voraussetzungen wie für Tarifbeschäftigte gelten.

- Zum 1. November 2024 soll die Besoldungstabelle um 200 Euro erhöht werden, die bisher dynamisierten Zulagen sollen entsprechend um 4,76 Prozent steigen.
- Zum 1. Februar 2025 soll die Besoldungstabelle nochmals um 5,5 Prozent angehoben werden. Dies gilt auch für die in Mecklenburg-Vorpommern bisher dynamisierten Zulagen.
- Die Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter sollen zum 1. November 2024 um einen Festbetrag von 100 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro erhöht werden.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt damit, das Tarifergebnis kurzfristig zeit- und wirkungsgleich zu übertragen. Ursprünglich war eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung angekündigt worden.

Der Gesetzesentwurf für ein Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz soll nach Planung der Landesregierung zeitgleich mit dem bereits am 19. Dezember 2023 im Kabinett beschlossenen Besoldungsstrukturgesetz im Landtag behandelt werden.

DP - Deutsche Polizei

Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle

Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin (0385) 208418-10 Telefon (0385) 208418-11 Adress- und Mitgliederverwaltung: Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landeshezirke

Redaktion

Marco Bialecki (V.i.S.d.P.) Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die Landesgeschäftsstelle (s. links)



Was bedeutet das für die amtsangemessene Alimentation in Mecklenburg-Vorpommern?

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung für ein Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz soll eine aktualisierte Prüfung der Amtsangemessenheit der Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2023 enthalten. Für das Jahr 2024 soll eine Prognose erstellt werden.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben im Dezember 2023 die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern dazu aufgerufen, bis zum 31. Dezember 2023 Anträge auf amtsangemessene Alimentation zu stellen. Diesem Aufruf sind nach Kenntnis des DGB mehrere Tausend Betroffene gefolgt.

Erst nach Vorlage des konkreten Gesetzesentwurfes werden der DGB und seine Gewerkschaften die Einhaltung der verfassungskonformen Besoldung prüfen und dann über weitere Schritte entscheiden.

Wie geht es nun mit meinem Antrag auf amtsangemessene **Alimentation weiter?**

Die Anträge auf amtsangemessene Alimentation werden voraussichtlich erst nach Abschluss der Gesetzgebungsverfahren zum Besoldungsstrukturgesetz und zum Besoldungsanpassungsgesetz beschieden werden können. Wann das genau sein wird, ist aktuell nicht absehbar. Ein akuter Handlungsbedarf seitens der Antragstellerinnen und Antragsteller besteht damit aktuell nicht. Der DGB und seine Gewerkschaften werden weiter informieren.



ANTRAG FRAKTIONEN DIE LINKE UND SPD

Das richtige Ziel heiligt nicht jedes Mittel

Tm es klar zu sagen: Verfassungsfeinde wie Antisemiten, Faschisten und Extremisten haben im öffentlichen Dienst und erst recht in der Polizei nichts zu suchen. Ieder extremistische Einzelfall im öffentlichen Dienst ist einer zu viel. Ein Einzelfall darf aber nicht dazu missbraucht werden. um einen Generalverdacht gegen alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Welt zu setzen", so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Antrag Fraktionen Die Linke und

In der Landtagssitzung am 15. Dezember 2023 hat der Landtag den Antrag von Die Linke und SPD mit dem Titel "Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst konsequent entgegentreten" beraten. Mit diesem Antrag wird die Landesregierung beauftragt, in einem Dialogprozess mit den zuständigen Gewerkschaften und Personalvertretungen zu prüfen, inwiefern Beamtinnen und Beamte bei entsprechenden schwerwiegenden Verstößen per Verfügung vorläufig und bei einer rechtskräftigen Verurteilung zu bereits sechs Monaten Freiheitsstrafe aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden können.

Schumacher weiter: "Als aktiver und ansprechbarer Gewerkschafter irritiert es mich, dass eine rot-rote Landesregierung beauftragt werden muss, mit den Gewerkschaften und den Personalvertretungen Kontakt aufzunehmen."

Das Ziel, die Feinde unserer freiheitlichdemokratischen Grundordnung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, ist auch ein Ziel der GdP. Dass Disziplinarverfahren lange und auch teilweise zu lange dauern, ist auch unstrittig. Aber anstatt die Ursachen zu bekämpfen, schafft man eine Misstrauenskultur gegen den gesamten öffentlichen Dienst.

"Wer Disziplinarverfahren ehrlich beschleunigen möchte, sollte die wahren Ursachen bekämpfen. So wäre z. B. eine Verbesserung der personellen Ausstattung der Justiz ein erster sinnvoller Ansatz, die Beschleunigung der vorgeschalteten Verwaltungsermittlungen ein zweiter. Die Verbesserung, dass Beamte, wie Lehrer, Feuerwehrleute, Verwaltungsbeamte und auch Polizisten, durch Gerichtsbeschluss aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden können, ist ein wirksamer Schutz aller Beamten gegen die Willkür des Dienstherrn. Für die GdP ist eine Entlassung Kraft Verwaltungsakt daher keine Lösung", so Schumacher abschließend.

Artikel 1 [Menschenwürde - Menschenrechte -Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Christian Schumacher: "Als aktiver und ansprechbarer Gewerkschafter irritiert

es mich, dass eine rot-rote Landesregierung beauftragt werden muss, mit den Gewerkschaften und den Personalvertretungen Kontakt aufzunehmen."

> (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung. vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.









Zusammenstellung aktueller gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse zu Nachtarbeit und Dauernachtarbeit

Tachtarbeit hat negative Auswirkungen auf den biologischen Rhythmus, den Schlaf und die sozialen Beziehun-



gen von Beschäftigten. Sie erhöht daher das Risiko für chro-Krankheinische ten. Unfälle sowie psychische Erkrankungen und birgt somit ähnliche Gefährdungen wie rotierende Nachtschichten. Um die negativen Auswirkungen auf Beschäftigte zu minimieren und Gesundheit, Sicherheit und Produktivität zu erhalten, sollten arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse zur Gestaltung von Nachtund Schichtarbeit berücksichtigt werden. Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse empfehlen höchstens drei aufeinanderfolgende Nachtschichten und die Vermeidung von Dauernachtarbeit.

Dieser baua: Fokus basiert auf einer schriftlichen Stellungnahme der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) für die Arbeitsgruppe 5 "Sozialer Arbeitsschutz" des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI-A G 5). Die 1. Auflage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 2023 (baua: Fokus) mit 14 Seiten (PDF) könnt ihr nach dem Abscannen des QR-Codes herunterladen.

Gratulationen

m 6. Dezember 2023 fand die Weih-Anachtsfeier der Senioren der Kreisgruppe Schwerin statt. Ca. 23 Seniorinnen und Senioren nahmen daran teil. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnten der Landesvorsitzende Christian Schuhmacher und der stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe Schwerin, Michael Thormann, Werner Vehlow zu seiner 60-jährigen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei gratulieren.

Werner ist ein Bestandteil unserer Kreisgruppe und kümmert sich liebevoll und mit voller Hingabe um unsere pensionierten Mitarbeiter, Kollegen und Mitglieder, Danke Werner,

gruppe hatte sein 40-jähriges Jubiläum. Michael Thormann konnte am 11. Dezember 2023 in der Landesgeschäftsstelle Bernd Reinhardt überraschen. "Bernd, ich freue der PVAG/Signal Iduna arbeiten zu dürfen. Bist ständig für unsere Kollegen in Güstrow vor Ort - vielen Dank auch dafür!" Mathias Ehlert, Revierleiter im PHR Parchim, wurde Mitte Dezember 2023 für seine 25-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt. Wir wünschen unserem Jubilar weiterhin alles erdenklich Gute, ein ausgefülltes Leben und dass er seiner Gewerkschaft nach Möglichkeit noch





Glückwünsche an Herr Werner Vehlow



Michael Thormann gratuliert Bernd Reinhardt



Danke an Mathias Ehlert

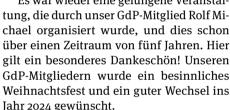




... und wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu

m 14. Dezember 2023 traf sich unsere $oldsymbol{\mathsf{GdP}}$ -Seniorengruppe Rostock zum weihnachtlichen Beisammensein im Bauernhaus Biestow. Neben einem weihnachtlichen Essen und guter Stimmung wurden ein Fazit des zu Ende gehenden Jahres gezogen und entsprechende Vorschläge für das neue Jahr gemacht. Es wurden auch GdP-Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft (50, 60, 70 Jahre) geehrt. Es blieb auch noch reichlich Zeit für persönliche Gespräche. es erfolgte auch zu anstehenden Problemen reger Austausch und es wurden zu deren Lösung entsprechende Hinweise gegeben.

Es war wieder eine gelungene Veranstal-Jahr 2024 gewünscht.







Clarissa Müller

Seniorenweihnachtsfeier der Kreisgruppe Neubrandenburg

Mitte Dezember fand die diesjährige Seniorenweihnachtsfeier der KG Neubrandenburg in der Gaststätte "Taum Spieker" bei Ivenack statt.

etlef Kardetzki begrüßte die angereisten GdP-Seniorinnen und -Senioren mit ihren Partnern recht herzlich. Mit einem Glas Sekt wurde auf ein friedliches, erfolgreiches und gesundes neues Jahr angestoßen und das alte verabschiedet. Aufgrund zahlreicher Erkrankungen, Corona trieb wieder sein Unwesen, konnten einige Seniorinnen und Senioren leider nicht an der Feier teilnehmen.

Detlef informierte ausführlich über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass das Land MV die Ergebnisse zeitnah auf die Beamtenbesoldung und die Versorgung der Ruheständler übertragen wird.

Bei Kaffee satt und leckerem Kuchen wurde sich über alte Zeiten ausgetauscht und auch sonst viel erzählt. Man freute sich, einfach mal beieinanderzusitzen und die besinnliche Stimmung zu genießen.

Umrahmt wurde die Veranstaltung mit weihnachtlicher Musik, zu der auch getanzt werden konnte. Von der Kreisgruppe gab es für die Mitglieder traditionell eine Kleinigkeit, die Detlef im Auftrag des Weihnachtsmannes verteilte. Blicken wir optimistisch in die Zukunft und hoffen auf eine friedliche Zeit!

Peter Anders













Jahresausklang unserer Senioren im Schweriner Schloss

m Nikolaustag, dem 6. Dezember 2023, traf Asich die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA/LPBK MV im wunderschönen Schloss Cafe zu ihrer jährlichen Weihnachtsfeier. Im vorweihnachtlichen Ambiente gab es reichlich Kaffee und Kuchen bei anregenden Gesprächen über die "alten Zeiten". Ein ganz besonderes Highlight war der Auftritt des Holzbläserquintetts des Landespolizeiorchesters, das uns mit stimmungsvoller Musik auf die Weihnachtszeit eingestimmt hat. Bei ganz vielen Liedern wurde sogar kräftig mitgesungen. Im Rahmen der Weihnachtsfeier konnten auch wieder einige Jubilare für eine langjährige Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft der Polizei geehrt werden. So erhielt Lutz Freitag seine Urkunde für 65 Jahre Mitgliedschaft und Uwe Sill seine Urkunde für 60 Jahre Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft. An dieser Stelle wünschen wir allen Mitgliedern unserer Seniorengruppe einen guten und gesunden Start in das neue Jahr 2024.







1962 - 2023

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem lieben Kollegen Frank Moehr, besser bekannt als "Moehrchen", der viel zu früh von uns gegangen ist.

Unmittelbar nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Mai 2023 erhielt er eine folgenschwere Diagnose und verstarb nach kurzer schwerer Krankheit Ende Dezember 2023 im Alter von nur 61 Jahren.

Seine direkte Art, die Erzählungen von der Zeit bei der Berliner Polizei und die immer vorhandene Einsatzbereitschaft waren bezeichnend für ihn.

Für "Moehrchen" war die Polizei nicht nur ein Beruf, sondern Familie. Sein Tod ist ein trauriger Verlust für uns alle!

Wir werden ihn immer in unseren Herzen tragen.

Der Kreisgruppenvorstand der GdP Greifswald